

dürften es mindestens 850.000 Arbeitsplätze sein, die durch die Wiedervereinigung und Beendigung des kalten Krieges entfallen sind und

- einem in Ost und West zu beobachtenden Mangel wirtschaftlichem Sachverstand.

Lösungswege: Es gibt keinen Königsweg, insofern werden die von Herrn Dr. Schmachtenberg hervorgehobenen Vorschläge des IAB zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 skeptisch betrachtet.

Allein die Forderung, Überstundenarbeit um über 50 % zu reduzieren, scheint unrealistisch. Mehr als 2/3 aller Überstunden werden in kleineren Unternehmen erbracht. Gerade in diesen Unternehmen gibt es hinsichtlich der weiteren Aufträge viele Unsicherheiten.

Es gibt von Seiten der Kunden einen enormen Anpassungsdruck an die Unternehmen, d. h. sie müssen sehr schnell und flexibel reagieren können. Auch andere Vorschläge des IAB scheinen in Zukunft nicht umsetzbar, weil man sich in der Gesellschaft noch nicht bewußt ist, daß diese Dinge umgesetzt werden müssen.

Alle, d. h. Politik und Bevölkerung müssen die veränderte Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen. Überkommene Sicht und Verhaltensweisen müssen geändert werden, z. B.:

- Vorbehalte gegen einfache Dienste existieren weiter (es sind ja andere da z. B. die Ausländer).
- Die geringe Bereitschaft zur Selbständigkeit und Eigenverantwortung muß überwunden werden.
- Die bisherige Fixierung auf Erwerbsarbeit als wichtigste sinnstiftende Tätigkeit, die zugleich mit höchsten Ansprüchen an die Erwerbsarbeit verbunden ist, muß angesichts des grundsätzlichen Trends zur Verringerung des Arbeitsvolumens aufgelöst werden.
- Wir müssen lernen, mit Unterschieden umzugehen.

Anders formuliert: Subjektive Sicht- und Verhaltensweisen müssen wieder mit dem objektiv vorhandenen Handlungsrahmen (Demokratie, technischer Wandel, Globalisierung) in Übereinstimmung gebracht werden.

Schlußfolgerungen für die Politik, insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik, sind:

1. Die Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft (Arbeitskostensenkung, Steuersenkung, Qualifizierung, Flexibilisierung usw.) müssen fortgeführt werden, wobei aber klar sein sollte, daß dies nicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen wird.

2. Es wird ein neues Verständnis von Unternehmer und Unternehmertum benötigt (mit einer entsprechenden Wissensvermittlung muß bereits in der Schule begonnen werden).
3. Die Umverteilung von Arbeitszeit kann partiell richtig sein und sollte gefördert werden, sie ist aber in ihrer Wirkung begrenzt. Umverteilung von Arbeitszeit könnte nur im Sinne von Lebensarbeitszeit erfolgen.  
  
Es muß zu einer „Auflockerung“ des klassischen Berufslebens kommen z. B. durch Ansätze der gesellschaftlichen Aufwertung und materiellen Absicherung von Alternativen wie freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr, Aktion 55 in Sachsen.
4. Die vorhandenen Ansätze zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik müssen ausgebaut werden.
5. Es ist dringend erforderlich, Familien und kleine Lebenskreise zu fördern. Die Gesellschaft wird niemals das leisten können, was Familien und kleine Lebenskreise leisten können.
6. Das Problem der Zuwanderung darf nicht weiter tabuisiert werden. Man sollte die strukturellen Veränderungen in der Zuwanderung, wie sie sich seit einigen Jahren zeigen, zur Kenntnis nehmen.
7. Die Wirksamkeit sozialer Sicherungssysteme und ihre Finanzierbarkeit müssen vorurteilslos geprüft werden.
8. Der Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern sollte unbedingt fortgesetzt werden. Wesentlich ist dabei auch, daß von einheitlichen Befunden aus diskutiert wird.

Ich bedanke mich.

**Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD):** Vielen Dank. Als letzter in dieser Runde, Herr Professor Schmidt bitte.

**Professor Dr. Reinhard Schmidt:** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich von ganzem Herzen bedanken für die Ernsthaftigkeit, mit welcher die Enquetekommission hier drei Tage lang zu Werk gegangen ist. 23 Stunden Sitzungsdauer sind keine Kleinigkeit. Als Außenstehender und Gast konnte ich das Ringen dieser Kommission um Problemlösungen ganz nah erleben. Doch alle Bemühungen in Ehren, diese Enquetekommission kann die Probleme nicht allein lösen. Hier hat der Montag Nachmittag einen bitteren Beigeschmack hinterlassen. Ich finde, daß die mit gesellschaftlichen Entwicklungen befaßten Wissenschaften für den Bundestag und die Bundesregierung zu wenig Vorarbeit leisten. Es zeigt sich, daß gegenwärtig die Universitäten mit Recht in die Kritik geraten sind. Ich will hier gern als Nestbeschmutzer fungieren. Was meine ich mit dieser Behauptung? Ein Beispiel soll das belegen.